

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Posen
außer in der Expedition
bei **Gruski (C. J. Krici & Co.)**
Breitenstraße 14;
in Gnesen
bei **Herrn Ch. Spindler,**
Markt- u. Friedrichstr. Ecke 4,
in Grätz bei **Herrn F. Streisand;**
in Frankfurt a. M.:
G. F. Daur & Co.

Posener Zeitung.

Vierundsiebzigster

Jahrgang.

Annahme-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen:
Habsch & Hoff;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Garmisch,
Wien u. Basel:
Hausmann & Vogler;
in Berlin:
A. Reimer, Schloßplatz;
in Breslau: **Emil Habalt.**

Nr. 471.

Das Abonnentent auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-
jährlich für die Stadt Posen 1½ Zhr., für ganz
Preußen 1 Zhr. 24½ Sgr. — Bestellungen ge-
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Montag, 9. Oktober

Inserate 14 Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder
deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher,
sind an die Expedition zu richten und werden für
die an denselben Tage erscheinende Nummer nur
bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1871.

Amtliches.

Verordnung, betreffend die Einberufung des Reichstages.

Vom 5. Oktober 1871.

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc., verordnen auf Grund des Artikels 12 der Verfassung des Deutschen Reichs, im Namen des Reichs, was folgt:

Der Reichstag wird berufen, am 16. dieses Monats in Berlin zusammenzutreten, und beauftragen Wir den Reichskanzler mit den zu diesem Zwecke nöthigen Vorbereitungen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Baden-Baden, den 5. Oktober 1871.

(L. S.)

Wilhelm.

Fürst v. Bismarck.

Berlin, 7. Oktober. Der Baumeister Christian Nischath in Saffig bei Andernach ist zum Königl. Kreis-Baumeister ernannt und demselben die Kreis-Baumeister-Stelle in Ahrich verliehen worden.

Der Apotheker Fr. W. Marquardt zu Stettin ist zum pharmazeutischen Assessor bei dem Medizinal-Kollegium der Provinz Pommern ernannt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 7. Oktober. Von den 29. Ergänzungswahlen zum Landtage ist, wie das „Dresdner Journal“ meldet, das Resultat von 28 nunmehr bekannt. Es wurden wiedergewählt 7 Kandidaten der liberalen, 6 Kandidaten der konservativen Partei. Neu gewählt wurden 8 Liberale, 7 Konservative. Der noch rückständige Wahlbezirk war bisher durch einen konservativen Abgeordneten vertreten, dessen Wiederwahl wahrscheinlich ist.

Dresden, 7. Oktober. Das Komite der vereinigten Liberalen hatte auf heute eine Versammlung einberufen, welche den Zweck hatte, den Sympathien für die Deutsch-Oesterreicher Ausdruck zu geben. Vorsitzender war Advokat Siegel, Referent Schriftsteller Badewitz. Es wurde eine Resolution von der Versammlung angenommen, in welcher unter Anderem gesagt wird, daß angesichts des gegenwärtigen Konfliktes in Oesterreich und eingedenk des regen Mitgefühls, welches noch jüngst die deutsch-österreichische Bevölkerung für die Ehre und Macht des deutschen Reichs bezeugt habe, die heutige Versammlung den deutsch-österreichischen Brüdern in diesem Konflikt die gleiche innige Theilnahme widme. Die Versammlung erklärt es ferner für eine Pflicht der Deutschen im Reich, durch ähnliche Theilnahmebezeugungen zu beweisen, daß ihnen die Bedeutung der alten deutschen Ostmark unvergessen geblieben ist.

München, 6. Oktober. Die Spannung der beiden patriotischen Fraktionen dauert fort, obwohl in wichtigeren Fragen gemeinsame Klubberatungen stattfinden. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

München, 7. Oktober. Im weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung in der Abgeordnetenkammer spricht Abg. Prof. Greil den Wunsch aus, der Landtag möge während der bevorstehenden Reichstagsession vertagt werden. Ministerpräsident Graf Hagenberg-Dur erklärt unter gleichzeitiger Wahrung der diesbezüglichen Prärogative der Krone, die Regierung werde die Vertagung des Landtages beim Könige beantragen, sobald die Reichstagsession ausgeschrieben sein würde. — Hierauf wurde der Gegenvorschlag betreffend die Abänderung der Taxenordnung mit einigen vom Ausschusse beantragten Modifikationen angenommen. — Der Bischof und etwa 500 Geistliche der Diözese Lincoln (England) haben ein Synodalschreiben an Döllinger gerichtet, worin dieselben ihre Zustimmung zu der katholischen Reformbewegung aussprechen und ihren Anschluß an dieselbe erklären.

Hamburg, 6. Oktober. Bei der heute stattgefundenen Ersatzwahl zum Reichstage erscheint G. A. Schön gewählt. Derselbe erhielt in 39 von 43 Wahlbezirken 5540, sein Gegenkandidat, Schallmeyer, 1342 Stimmen.

Bruchsal, 7. Oktober. Gestern brach in dem hiesigen Zellengefängnis Feuer aus, welches alsbald bedeutende Dimensionen annahm; demselben ist nunmehr Einhalt gethan, jedoch wurden die Kirche, die Schule, die Bibliothek und der Mittelbau vollständig zerstört, die Seitensflügel wurden gerettet.

Paris, 6. Oktober. Die von mehreren Blättern gebrachte Mittheilung, die französische Regierung beabsichtige den Handelsvertrag mit England zu kündigen, entbehrt der „Agence Havas“ zufolge der Begründung. Die französische Regierung wird sich darauf beschränken, Abänderungen des Handelsvertrages vorzuschlagen.

Paris, 7. Oktbr. Die Abreise des Finanzministers erfolgte in Begleitung seines Schwiegersohnes, Graf Roche-Rambert und des Gesandtschaftssekretärs, Graf Fénélon. Graf Armin ist auf telegraphischem Wege nach Berlin berufen und wird vermutlich noch heute Abend abreisen.

Versailles, 7. Oktbr. Das vierte Kriegsgericht, vor welches die Untersuchung gegen Kossel zur nochmaligen Entscheidung verwiesen war, hat sein Urtheil gefällt und Kossel gleichfalls mit 6 gegen eine Stimme zum Tode verurtheilt. Ueber die Verhandlungen des Kriegsgerichts verlautet, daß der Gerichtshof den Uebertritt Kossels zur Kommune einer Desertion zum Feinde gleich erachtete und deswegen auf Todesstrafe erkennen mußte.

Lyon, 8. Oktober. Der Gerichtshof von Lyon verurtheilte in seiner gestrigen Sitzung den Polen Dobrowolski, den Hauptanführer der gegen die Deutschen in Lyon verübten Exzesse, zu 2 Monaten Gefängnis und einer Geldbuße von 100 Frs.

Wien, 7. Oktober. Nach einem der „Neuen fr. Presse“ aus Pest zugegangenen Telegramme unterhandeln Talbot und Bontour im Na-

men der Lombardenbahn mit der ungarischen Regierung wegen Verkauf der ungarischen Südbahn an die Regierung. — Der Schluß des Landtages ist auf den 14. Oktober festgesetzt.

(Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Wien, 7. Oktober. Die „Wiener Abendpost“ bekämpft die an die Kundgebungen einzelner Landtage geknüpften Besorgnisse bezüglich der neuen Schulgesetze. Das genannte Blatt verweist auf die entschieden ablehnende Haltung des Statthalters von Oberösterreich gegenüber einem gegen die Schulgesetze gerichteten Antrage des oberösterreichischen Landtages zum Beweise, daß die Regierung den Werth der neuen Schulgesetze und deren Rückwirkung auf das Wohl der Bevölkerung wohl kenne. — Der Gemeinderath genehmigte den Antrag der Sektion, den Katholiken die Mitbenutzung der St. Salvatorkirche zu gottesdienstlichen Vereinigungen zu gestatten. — Einer Mittheilung zufolge, welche der „Presse“ aus Triest zugeht, hat die dortige Handelskammer beschlossen, ihre disponiblen Fonds dem Handelsstande zur Eskomptirung von Plagwechseln zur Verfügung zu stellen.

Prag, 7. Oktober. In dem Abgientwurf des böhmischen Landtages, einem sehr langen Aktenstück, wird die Anerkennung des Uebereinkommens mit Ungarn ausgesprochen, die Regelung der staatsrechtlichen Verhältnisse Böhmens dargelegt und die Bitte gestellt, die unterbreiteten Fundamentalartikel, die die Nationalität und die Wahlordnung betreffenden Gesetzesentwürfe einem dieser Wahlordnung gemäß zu wählenden Krönungslandtage schon jetzt zur Vereinbarung vorzulegen und die auf diesem Krönungslandtage erzielte Feststellung der staatsrechtlichen Verhältnisse Böhmens in einem Majestätsbrief dem Volke zu verkünden und unter den Schutz des Krönungsheides zu stellen. In der Adresse heißt es ferner, man habe mit herzlichem Bedauern bei der Verathung der Vorlagen die Mitwirkung der deutschen Abgeordneten entbehrt, aber um so mehr es für Pflicht erachtet, die Wahrung der geistigen und materiellen Interessen der Deutschen im Auge zu halten.

Der Entwurf eines Memorandums des böhmischen Landtages knüpft an die pragmatische Sanction an. Derselbe anerkennt den sanctionirten Ausgleich mit Ungarn und beantragt zur Feststellung der Grundlagen über die Stellung des Königreichs Böhmen zu den Ländern der ungarischen Krone und den übrigen Königreichen und Ländern folgende Fundamentalartikel, welche als Grundgesetz gelten sollen.

Das Königreich Böhmen anerkennt als gemeinsame Angelegenheiten, äußere Angelegenheiten und Kriegswesen mit Ausschluß der Rekrutenbewilligung, der Gesetzgebung über die Art und Weise der Erfüllung der Wehrpflicht, der Verfügung hinsichtlich der Disziplinierung und Verpflegung des Heeres und der Regelung der bürgerlichen Verhältnisse der Mitglieder des Heeres. Das Königreich Böhmen anerkennt ferner als gemeinsam, das Finanzwesen, soweit dasselbe gemeinschaftlich zu befreiende Ausgaben betrifft. Das gemeinsame Ministerium hat nur gemeinsame Angelegenheiten zu verwalten. Die Anordnungen bezüglich der Leitung, Führung und inneren Organisation der gesamten Armee steht ausschließlich dem Kaiser zu. Das Königreich Böhmen anerkennt die Delegation; der böhmische Landtag wählt in diese Delegation aus seiner Mitte fünfzehn Delegirte und acht Ersatzmänner. Böhmen nimmt jene Bestimmungen als gültig an, welche über die Einrichtung der Verwaltungsfreiheit und die geschäftliche Behandlung der Delegationen mit Ungarn vereinbart sind. Böhmen tritt dem finanziellen Ausgleich mit Ungarn nach dem vereinbarten Quotensystem bei, sowie dem Uebereinkommen bezüglich der Provinzialisierung der Militärgrenze und dem Uebereinkommen mit Ungarn bezüglich des Beitrages zu den Kosten der allgemeinen Staatsschuld. Böhmen anerkennt ferner das mit Ungarn abgeschlossene Handelsbündniß. Alle nicht gemeinsamen Angelegenheiten gehören grundsätzlich zur Gesetzgebung des böhmischen Landtages. Da jedoch die gemeinschaftliche Behandlung anderer gemeinsamen Angelegenheiten im Interesse der Königreiche und Länder selbst rathsam und wünschenswerth ist, so erkennt der böhmische Landtag das Bedürfnis an, für die Behandlung solcher Angelegenheiten Vorkehrungen zu treffen. Solche gemeinsame Angelegenheiten sind: die Zollgesetzgebung, die Gesetzgebung über Handels-, See- und Wechselrecht, über Maß, Gewicht und Erfindungspatente, über den Münzwesen, über den Schutz des geistigen Eigentums, über Zettelbanken, indirekte Ausgaben, Monopole, Regalien, Stempel und Gebühren, Wägenwesen, Verkehrsanstalten, über Feststellung des Wehrsystems und alle Gesetze, welche zur Erhaltung, Einheit und Schlagfertigkeit des Heeres erforderlich sind; es gehören ferner zu diesen gemeinsamen Angelegenheiten das Staatsschuldenwesen, die Verwaltung des unbeweglichen gemeinsamen Staatsvermögens, die Gesetzgebung über die Staatsbürgerrechte, sowie über den Aufenthalt und die zeitweise Niederlassung von Ausländern. Diese Angelegenheiten werden einem Ministerium übertragen, welches aus Reichthümern und Hofkämmlern eventuell den Ministern der einzelnen Länder besteht. Böhmen trägt zu den gemeinsamen Angelegenheiten eine durch eine Deputation des Landtages zu ermittelnde Prozentualquote bei, sowie eine zu vereinbarenden Quote zur Staatsschuld. Zu diesem Behufe wird die Deputation des Landtages unter Vermittelung der Regierung mit den Deputationen der übrigen Königreiche und Länder in Verhandlung treten. Böhmen ist ferner bereit, mit den übrigen Königreichen und Ländern ein Uebereinkommen zu treffen bezüglich des Heimathrechtes, des Paßwesens, der Fremdenpolizei, der Gegenseitigkeit in Vollstreckung richterlicher Urtheile, in Anerkennung akademischer Würden und Schulzeugnisse, sowie bezüglich der Gesetzgebung über die Form und Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten. Ein zu bildender Senat, welcher theils aus erblichen, theils aus auf Vorschlag des Landtages vom Kaiser auf Lebenszeit zu ernennenden Mitgliedern besteht, in welchem auch die Prinzen des Kaiserhauses, die Erzbischöfe und Fürstbischöfe Platz nehmen, prüft und genehmigt die Staatsverträge, welche das Reich belasten oder Gebietsveränderungen bezwecken. Der Senat entscheidet über Streitigkeiten zwischen den Ländern, über Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Kongreß der Deputirten und den Landtagen und beschließt über Anträge auf Aenderung der Fundamentalgesetze.

Bern, 7. Oktober. Bei Gelegenheit der internationalen Telegraphenkonferenz in Bern ist, dem Vernehmen nach, ein neuer Telegraphenvertrag zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und den Niederlanden abgeschlossen worden.

Rom, 6. Oktober. Das amtliche Blatt veröffentlicht einen zwischen Italien und Rußland abgeschlossenen Vertrag betreffend die Auslieferung von Verbrechern. — „Opinione“ zufolge dürften etwa zwan-

zig Professoren der hiesigen Universität sich weigern, dem Könige den Eid zu leisten.

Rom, 7. Oktober. Heute morgen haben Agenten der Regierung von zwei Klöstern ungeachtet des Einspruchs der Ansassen und der geistlichen Behörden Besitz ergriffen.

Florenz, 7. Oktober. „Opinione“ bezeichnet die vom „Constitutionnel“ gebrachte Mittheilung, daß Frankreich gegen die Besteuerung der Einkünfte aus den Rententiteln der päpstlichen Schuld protestire, als unrichtig.

Florenz, 7. Oktober. „Opinione“ zufolge wird die Session des Parlaments in der zweiten Hälfte des November beginnen und mit einer Thronrede eröffnet werden.

Madrid, 6. Oktbr. Zu Beginn der heutigen Sitzung der Cortes hielt der Präsident Sagasta eine Ansprache, in welcher er sein Bedauern darüber aussprach, seitens der Opposition gegen das Ministerium Borilla als Kandidat aufgestellt worden zu sein. Er werde die Unterstützung sowohl der konservativen wie der republikanischen Partei annehmen, da der Präsident über den Leidenschaften der Parteien stehen müsse. Sodann traten die neuen Minister ein. Der Präsident Malcampo legte das Programm der Regierung dar, welches mit dem des vorigen Ministeriums übereinstimme, und betonte, daß die Regierung die Integrität der Konstitution achten und sich bestreben werde, die Freiheit mit der Ordnung zu vereinigen. Das Ministerium werde die bereits beschlossenen Verminderungen der Ausgaben beachten und womöglich noch weitere Ersparungen durchführen. Kuba betreffend, erklärte der Ministerpräsident, daß seine Politik dahin gerichtet sein werde, durchaus die nationale Integrität zu retten. Das Programm wurde gut aufgenommen. Hierauf beehrte Borilla das Wort. Der Präsident erklärte, die Kammer befrage zu wollen, ob sie Borilla das Wort ertheilen wolle, da dieses Verlangen gegen die Vorschriften der Geschäftsordnung verstoße. Borilla verzichtete nach dieser Erklärung unter Beifall der Linken auf das Wort. Die Kammer ging hierauf zur Tagesordnung, Prüfung der Wahlen, über. — Die der demokratischen Partei angehörenden Mitglieder der Cortes werden sich heute vor Beginn der Sitzung versammeln, um einen Beschluß über die dem neuen Ministerium gegenüber einzunehmende Haltung zu fassen. Abends soll eine große Versammlung aller der genannten Partei angehörenden Deputirten und Senatoren stattfinden, um über die Stellung und Reorganisation der Partei Beschluß zu fassen. — Bis gestern Abend haben 22 Gouverneure der Provinzen ihre Entlassung eingereicht. An Borilla treffen zahlreiche Telegramme seitens der progressistischen Klubs aus den Provinzen ein, in welchem dieselben ihre Zustimmung zu seiner Haltung in der Frage des Cortespräsidiums ausdrücken.

Madrid, 7. Oktober. Die Manifestationen in den Provinzen haben aufgehört und es herrscht überall vollkommene Ruhe. Ueber die Stellung des gegenwärtigen Ministeriums zu dem vom zurückgetretenen Ministerium noch vorbereiteten Gesetzesentwürfe, betreffend die Verfolgung der Internationalen, verlautet, daß der Minister des Innern, Candau, mehreren Cortesmitgliedern gegenüber erklärt habe, er erkenne die Nothwendigkeit an, die durch das Umschlagreifen genannter Gesellschaft in Unruhe versetzte Bevölkerung durch strengste Handhabung der einschlägenden Gesetze zu beruhigen. — Feldmarschall Bistain, bisheriger Generalkapitän für Valencia, ist zum Generalkapitän für Madrid ernannt worden. Zum Gouverneur von Madrid wurde Merelo, bisheriger Generaldirektor des öffentlichen Unterrichts, ernannt.

London, 7. Oktober. Die Bank von England hat den Bankdiskont von 4 auf 5 Proz. erhöht. — Wie ein Telegramm der „Times“ aus Paris meldet, hat der Finanzminister Rouyer-Quertier behufs Abschlusses eines Arrangements betreffend die elässische Zollfrage in Berlin die ausgedehntesten Vollmachten erhalten.

Newcastle, 7. Oktober. Der Arbeiterstreik kann als beendet angesehen werden, nachdem beide Parteien einen Kompromiß angenommen haben, welcher die Einführung neunstündiger Arbeitszeit vom 1. Januar ab bestimmt.

Kopenhagen, 6. Oktober. Dem Reichstage ging eine Regierungsvorlage zu, nach welcher die Regierung ermächtigt werden soll, von Augen kommenden Schiffen Ermäßigung der Schiffsabgaben in dem Falle zu gewähren, wenn dieselben Ländern angehören, welche sich vertragsmäßig verpflichten, die dänische Schifffahrt in entsprechender Weise zu begünstigen.

Kopenhagen, 7. Oktober. Trotz der anscheinend großen auswärtigen Zeichnungen findet die neue Landmannsbank im Inlande schwache Betheiligung. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Stockholm, 7. Oktober. Der König hat heute den Reichstag geschlossen. In der sehr kurzen Thronrede wird dem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß die Lösung der Bertheidigungsfrage nun neuerdings einen Aufschub erlitten habe.

Bukarest, 6. Oktober. Nach Erledigung der Bahnfrage kommt auf die Tagesordnung der rumänischen Kammern folgender Gesetzesvorschlag des Senators Desliu: Die Juden sollen vom flachen Lande vertrieben werden und nicht das Recht haben, Grundbesitz zu erwerben. Ausgenommen sind allein diejenigen Juden, deren Familien nachweislich seit 2 Generationen in Rumänien ansässig sind. Dieselben haben zehnjährigen Militärdienst zu leisten oder mit jährlich 3000 Frs. sich loszukaufen. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Konstantinopel, 5. Oktober. Achmet Effendi ist zum Unterstaatsminister ernannt worden. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Konstantinopel, 7. Oktober. Die Hitze hat nachgelassen. Seit einigen Tagen ist kühle Witterung eingetreten. Die Cholera dürfte als erloschen anzusehen sein. Gestern kamen 3 Cholerafälle, heute kein einziger mehr vor. Im Ganzen hat die Epidemie 150 Opfer gefordert.

Newyork, 6. Oktober. Wie verschiedene Journale behaupten, soll die Regierung dem russischen Botschafter in Washington, Staats-

